

**Antrag 258/I/2025****KDV Reinickendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung (Konsens)****Sanktionen gegen Versicherungsunternehmen bei ungerechtfertigten Schadenablehnungen.**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die Mitglieder der Bun-  
2 desregierung werden aufgefordert, auf eine Ergänzung  
3 des Versicherungsvertragsgesetzes hinzuwirken, die für  
4 Versicherungsunternehmen bei ungerechtfertigten Scha-  
5 denablehnungen Sanktionen vorsieht (wie z.B. die doppel-  
6 te Entschädigungsleistung).

7

8

**9 Begründung**

10 Aktuell können Versicherungsunternehmen ohne großes  
11 Risiko Schadenablehnungen bzw. Entschädigungskürzun-  
12 gen vornehmen und abwarten, wie sich der Versiche-  
13 rungsnehmer bzw. der Geschädigte verhält. Sofern der  
14 Versicherungsombudsmann oder ein Gericht eingeschal-  
15 tet wird, erstatten manche Unternehmen dann kurz vor  
16 einer Entscheidung den bisher zurückgehaltenen Betrag,  
17 ohne – vom Arbeitsaufwand abgesehen – einen Nachteil  
18 befürchten zu müssen. Diese Praxis bedeutet einen Wett-  
19 bewerbsnachteil für die Versicherungsunternehmen, die  
20 korrekt regulieren, also Versicherungsleistungen nur dann  
21 ablehnen, wenn der Schaden insgesamt bzw. ein Anteil  
22 der beanspruchten Entschädigung eindeutig nicht versi-  
23 chert ist. Unlautere Unternehmen, die zuerst ablehnen  
24 und dann doch zahlen, sollten sanktioniert werden.